

Archiv

Verband der Sozialdemokratischen

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

18. Okt. 1963

TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE

P/XVII/199

Bonn, den 18. Oktober 1963

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1 - 1a

Programm der guten Vorsätze

72

Zur Regierungserklärung des neuen Bundeskanzlers

2 - 3

Es geht um Milliarden !

67

Waffenkäufe - so oder so?

Sorgen im Verteidigungsausschuss

3

Worauf wartet Herr Höcherl noch?

22

Merkwürdige Methoden zur Untersuchung eines ernsten Vorganges

4

Haben wir von "nichts gewußt" ?

50

Die Apartheid zwingt zur Stellungnahme

Von Bruno Kuster, Genf

5 - 6 "Pakisten wird sich nicht zwischen zwei Stühle setzen !"

General Taylors schwierige Mission

Von unserem Korrespondenten Erwin Erasmus Koch

Chefredakteur Günter Markscheffel

Programm der guten Vorsätze

Zur Regierungserklärung des neuen Bundeskanzlers

sp - Die deutsche Öffentlichkeit hat nun - ein an sich ungewöhnlicher Vorgang - die dritte Regierungserklärung in der vierten Legislaturperiode des Deutschen Bundestages vernommen. Die erste verlas, in Stellvertretung Adenauers, der damalige Vizekanzler und Bundeswirtschaftsminister Erhard, die dritte, der Bundeskanzler Erhard. Er ist nun Chef der gleichen aus den Unionsparteien und der FDP bestehenden Regierungskoalition, die über die Spiegelaffäre zum Bruch kam und erst nach vielen Mühen wieder zusammenkam. Nach aussen hin besteht Harmonie. Ein Rückblick auf die erste Hälfte der Regierungszeit ergibt eine beschämende und traurige Bilanz. Die Ungewissheit, ob Adenauer sein Wort halten und zurücktreten werde, lähmte die Regierungsmaschinerie, führte zeitweise zum Leerlauf. Die Skandalaaffären um Strauß lösten beinahe eine Staatskrise aus, sie enthüllten einen moralischen und politischen Zustand, der das Volk erschreckte und bei vielen Bürgern Staatsverdrossenheit auslöste.

Die neue Regierung unter einem neuen Regierungschef hat nun noch zwei Jahre Zeit, dann muß sie sich dem Votum des Volkes unterwerfen. Für die Vorkommnisse und Fehlentwicklungen der letzten 14 Jahre trägt der nunmehrige Bundeskanzler die volle Mitverantwortung, doch danach wird der Maßstab für sein künftiges Wirken nicht allzu streng anzulegen sein. Erhard zehrt vom guten Ruf seines Namens, man bringt ihm Vertrauen entgegen. Seine angeschlagene Partei erhofft sich von ihm eine Wiederholung der Wahlerfolge der für sie goldenen fünfziger Jahre. Aber auch die freien Demokraten werden sich nicht gerade in Abstinenz üben und, stärker als früher, auf ihre Eigenständigkeit pochen.

Das von Erhard verkündete Regierungsprogramm ist, auf einer Kenner gebräut, ein Programm der guten Vorsätze. Vorstellungen, die bisher nur von der Sozialdemokratie vertreten wurden, finden darin ihren Niederschlag. Das gilt besonders auf dem Gebiet der Außenpolitik. Die Verstärkung der Zusammenarbeit innerhalb des westlichen Verteidigungsbündnisses, die Absage an jede Sonderbündelei, die Ausweitung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, die Ankündigung von wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen zu den Ostblockstaaten, entsprechen den Lebensinteressen der Bundesrepublik, wie sie die Sozialdemokratie sieht. Mit Genugtuung ist auch zu vermerken, daß sich die neue Bundes-

regierung ohne Illusionen zu hegen, von der Fortsetzung der Gespräche zwischen Washington und Moskau eine Möglichkeit wünschenswerter Entspannung verspricht und daß sie sich wirksamen, die Sicherheit der westlichen Welt nicht beeinträchtigenden und die Bundesrepublik nicht diskriminierenden Abrüstungsmaßnahmen nicht widersetzen wird und daß sie sich trotz aller Rückschläge und Fehlentscheidungen bemühen wird, die Sowjetunion vom Friedenswillen des deutschen Volkes zu überzeugen. Dieser Teil der Regierungserklärung reinigt die Atmosphäre, zerstreut den Nebel, der von der Führungslosigkeit der letzten zwei Jahre ausging. Freilich sollte nicht vergessen werden, daß Bundeskanzler Erhard in den letzten 14 Jahren als Wirtschaftsminister und Vizekanzler eine Position hatte, die es ihm erlaubt hätte, die Verwirklichung alles dessen anzustreben, was er jetzt an Erkenntnissen und Leitmotiven deutscher Politik verkündet.

Das trifft auch in besonders hohem Maße auf den weiteren Bereich der Innenpolitik zu. Auch hier enthalten seine Versicherungen ein ganzes Bündel guter Absichten, angefangen von der Notwendigkeit, das Vertrauen in unseren Rechtsstaat zu sichern, ergänzt durch die beschwörende Bitte an die Verantwortlichen, mit gutem Beispiel vorzuleben (dachte er wohl an den Innenminister Höcherl?). Dazu gehört seine Klage über das Überwiegen des Interessendenkens zumunsten des Gemeinwohls. Die geistige Elite unseres Volkes, bisher als eifernde und sterile "Linksintellektuelle" verschrien und diffamiert, wird mit Freude zur Kenntnis nehmen, daß ihre Mitarbeit und ihre Kritik am Staate, soweit Zustände zur Kritik herausfordern, erwünscht, ja gesucht wird - das sind bisher noch nie vernommene Töne aus dem Munde eines Regierungschefs. Unser Volk braucht im Zeitalter der zweiten industriellen Revolution das Bündnis mit der Wissenschaft und Forschung; die neue Regierung will es pflegen und vertiefen - auch das ist eine alte sozialdemokratische Forderung, wie auch jene, von Erhard aufgenommen nach einer besseren Fürsorge für unsere alten Menschen. Gern hätte der deutsche Sparer erfahren, was die Regierung zu tun gedenkt, um die Wertbeständigkeit der D-Mark zu sichern; die Hinweise über Eigentumbildung waren zu allgemein, um hier bestehende Skepsis zu beseitigen.

Die wohl letzte Regierung dieser Legislaturperiode hat ihre Chance, ein neues Kapitel der deutschen Politik zu setzen. Niemand ist dabei so vermessend, zu erwarten, die Regierung Erhard könne in der ihr zu Verfügung stehenden kurzen Zeitspanne all das verwirklichen, was sie programmatisch kundtat. Wenn die Regierung nachläßt, wird die Opposition sie vorantreiben, wenn sie Unterlassungen begeht, wird sie auf Kritik und Widerstand stoßen. Der Erklärungen hat es genug gegeben, nun wiegen im Urteil der Wähler nur noch Taten.

+ + +

Es geht um Milliarden!

Waffenkäufe - so oder so?

ep - Der Verteidigungsausschuß des Bundestages berät zur Zeit über einige Bewaffnungsprojekte der Bundeswehr, bei denen es um Milliardenbeträge geht. Die Sozialdemokraten haben sich erst kürzlich dagegen ausgesprochen, daß die Bundeswehr mit den amerikanischen Pershing-Raketen ausgerüstet wird, weil diese noch nicht voll "ausgereift" sind. Wenige Tage danach gelang es dann, die Entscheidung darüber auszusetzen, ob die Bundeswehr als neues Transportflugzeug den amerikanischen Typ HERKULES oder die deutsch-französische Entwicklung TRANSALL anstelle der veralteten NORATLAS erhalten sollte. Bei der Luftwaffe wird die NORATLAS allgemein als FLIEGENDER SAHNE bezeichnet. Von einigen Abgeordneten der CDU/CSU-Fraktion wird nunmehr das Gerücht verbreitet, die Sozialdemokraten wollten die Ausrüstung der Bundeswehr mit modernen Waffen "verhindern". Deswegen erscheinen uns einige Bemerkungen hierzu angebracht.

Obwohl es begrüßenswert ist, daß jetzt die Diskussionen über neue Waffenkäufe häufiger als unter dem früheren Verteidigungsminister Franz Josef Strauß im Verteidigungsausschuß geführt werden, sind doch noch energische Anstrengungen des Bundesverteidigungsministeriums notwendig, um die Waffenentwicklung, Waffenauswahl und den Waffenkauf als einen zusammenhängenden Vorgang in den Griff zu bekommen. Bei jeder Entscheidung geht es um Milliarden! Für den Staatshaushalt sind daher diese Entscheidungen von viel weittragender Bedeutung als zu einer Zeit, da die deutsche Waffentechnik nicht international im Rahmen einer großen Verteidigungsorganisation verflochten werden mußte.

- * Gerade in letzter Zeit hat sich am Beispiel der Panzerketten-
- * affäre und dem Skandal mit dem U-Boot-Stahl gezeigt, daß die von
- * dem früheren Bundesverteidigungsminister Franz Josef Strauß - der
- * irrtümlicherweise oft als "tüchtiger Verteidigungsminister" be-
- * zeichnet wurde, eingesetzten Fachleute den an sie gestellten An-
- * forderungen nicht in jeder Beziehung genügt haben dürften. Voraus-
- * schauende Überlegungen hätte das Ministerium auch anstellen müs-
- * sen, als es seinerzeit die britische Kanone für den deutschen Pan-
- * zer bestellte, der dann nicht mehr mit der französischen Entwick-
- * lung in Einklang zu bringen war.

Im Vordergrund der sich aus diesen "Unfällen" ergebenden Überlegungen sollte daher das Bemühen der deutschen Militärpolitik in der NATO sein, auf die Standardisierung großer Serien hinzuwirken und sich gegen die oft eng begrenzten Interessen bestimmter Herstellungsgruppen zur Wehr zu setzen. Bei der Entscheidung zwischen TRANSALL und HERKULES sind diese Interessen sichtbar geworden, und bei der STARFIGHTER-Entscheidung stellte sich heraus, daß nachträglich noch weitere Milliarden für Umbauten und das elektronische Lenksystem ausgegeben werden mußten.

- * Am deutlichsten wird jedoch die wenig zufriedenstellende Waffen-
- * politik der NATO am Beispiel der Panzer-Entscheidung. In Frank-
- * reich, England und Deutschland kommen jetzt unterschiedliche Ty-
- * pen heraus, trotzdem schon allgemein bekannt ist, daß bei Ent-
- * wicklung eines Einheitstyps Milliardenbeträge hätten eingespart
- * werden können. Auch an anderen Beispielen könnte man bisherige
- * Fehlleistungen dieser Art demonstrieren.

Den sozialdemokratischen Mitgliedern des Verteidigungsausschusses kommt es darauf an, daß notwendige, militärische und waffentechnische

Entscheidungen nicht nach begrenzten industriellen oder nationalen Interessen getroffen werden. Wichtig ist vielmehr, daß die im ganzen Verteidigungsbündnis notwendige übernationalen Serienfabrikation angestrebt wird. Hierbei muß dafür gesorgt werden, daß nicht Waffentypen übernommen werden, die von redegewandten Lobbyisten aus aller Welt in Bonn angepriesen werden, sondern jene, die gewissenhaft erprobt und ausgereift sind. Die wohlverstandenen Interessen unserer Sicherheit und die Festigkeit des übernationalen Verteidigungsbündnisses der freien Welt bedingen die sorgfältigste Auswahl der Verteidigungsmittel. Was bisher auf diesem Gebiet geschehen ist, bietet keineswegs Anlass zur Befriedigung. Dagegen ist die von den Sozialdemokraten angestrebte Überwindung des jetzt unbefriedigenden Zustandes das Gegenteil der von der CDU/CSU vermuteten "Blockierung" bei der Anschaffung neuer Waffen für die Bundeswehr.

+ + +

Worauf wartet Herr Höcherl noch ?

Merkwürdige Methoden zur Untersuchung eines ernsten Vorganges

sp - Die CDU ließ am Donnerstagabend erklären, sie begrüße die Initiative des Bundesinnenministers Dr. Höcherl zur Berufung einer unabhängigen Persönlichkeit, die gegen das Verfassungsschutzamt vorgebrachten Vorwürfe prüfen sollte. Das sei - so meint die CDU - ein in den westlichen Demokratien übliches Verfahren.

Die CDU tut dem bieder dreinschauenden Herrn Höcherl Unrecht. Der weiß es besser, denn keineswegs werden in den westlichen Demokratien bei Skandalen von dem im Mittelpunkt des Skandals stehenden Ministers unabhängige Persönlichkeiten berufen, sondern vom Kabinettschef. So hat z.B. jüngst nicht etwa Herr Profumo in England eine unabhängige Persönlichkeit berufen, sondern der Premierminister Macmillan tat dies.

Bei uns wird zunächst wochenlang erklärt, es sei alles in Ordnung. Dann wird gesagt, man übertreibe maßlos, und wenn sich herausstellt, daß weder alles in Ordnung ist, noch maßlos übertrieben wird, dann verkündet der verantwortliche Ressortminister stolz: "Hau ruck, jetzt bestelle ich eine unabhängige Persönlichkeit zur Prüfung von Fehlern, für die ich verantwortlich bin!" - Herr Höcherl tut uns leid, aber wir meinen doch, daß er klüger handeln würde, wenn er als der Chef der zur Zeit öffentlich kritisierten Behörde einer tatsächlichen Untersuchung freien Lauf liesse und mindestens provisorisch die einzig möglichen Konsequenzen zieht.

Worauf wartet Herr Höcherl noch?

+ + +

Haben wir von "nichts gewußt"?

Von Bruno Kuster, Genf

Unrecht in anderen Weltgegenden ist keine Entschuldigung für die Herrschaft des Unrechts in Südafrika. Eine weiße Minderheit, die sich christlich nennt, bekundet ihre Entschlossenheit, ihre Herrschaft über vier Fünftel der Bevölkerung mit allen Mitteln zu verteidigen. Ministerpräsident Verwoerd ist deutlich: es genüge nicht, daß die Weißen den Staat leiten oder lenken; sie müssen ihn beherrschen. Wir verteidigen "unser Geld, unser Gut und unser Leben". Nichts in den Worten und in den Tatsachen der südafrikanischen Regierung deutet darauf hin, daß sie - in letzter Stunde - nach einem Ausgleich mit den anderen Bevölkerungsgruppen - den Schwarzen, den Mischlingen und den Asiaten - sucht, um das Zusammenleben aller Rassen zu gewährleisten.

Schon machte der Sonderausschuß der Vereinten Nationen, der sich mit der südafrikanischen Apartheid-Politik beschäftigt, der Weltöffentlichkeit einen sachlichen und vernichtenden Bericht über den kalten Bürgerkrieg zugänglich, den die Regierung Verwoerd gegen die große Mehrheit der Bevölkerung (einschließlich der zahlreichen weißen Gegner der Apartheid) führt. Nach diesem Bericht und vielen anderen Dokumenten ist es nicht mehr möglich, Unkenntnis darüber vorzutäuschen, was zur Stunde in Süden Afrikas vor sich geht.

Sozialer Sprengstoff

Nach dem zweiten Weltkrieg verringerte sich die soziale Kluft zwischen Schwarzen und Weißen infolge des allgemeinen wirtschaftlichen Aufschwunges. Diese erfreuliche Tendenz wurde jedoch durch die verschärfte Apartheid-Politik zum Stillstand gebracht: durch die zwangsweise Entfernung der Schwarzen aus den industriellen und städtischen Zentren, die drastische Einschränkung der Berufswahl und die Verweigerung gewerkschaftlicher Rechte.

Die Folge der Apartheid besteht nun darin, daß im Bergbau der Weiße durchschnittlich fünfzehnmal mehr verdient als der Schwarze; in der Industrie beträgt das Verhältnis fünf zu eins. Auf die Weißen, die 20 Prozent der Bevölkerung ausmachen, entfallen 67 Prozent des Nationaleinkommens. Im Jahre 1959 betrug das durchschnittliche Einkommen eines Weißen 425 Pfund gegenüber 39 Pfund für Afrikaner und 54 Pfund für Asiaten und Mischlinge.

Die Kindersterblichkeit ist unter den Bantu-Kindern 25 mal und unter den Mischlingskindern fünfzehnmal höher als unter den Weißen. Eine wichtige Ursache der hohen Sterblichkeit ist Hunger und Unterernährung. Südafrika kann sich hinsichtlich der weißen Kinder einer vorbildlich niedrigen Sterblichkeitsrate rühmen, sitzt aber in bezug auf die schwarzen Kinder weit hinter gewissen afrikanischen Staaten.

Jetzt behauptet die südafrikanische Regierung, die Lösung des Rassenproblems gefunden zu haben: die Schaffung autonomer, voneinander getrennter Bantu-Gebiete. Falls es noch dazu kommt, daß diese Pläne verwirklicht werden, würden die Afrikaner, die rund 70 Prozent der Bevölkerung ausmachen, in Reservaten zusammengepfercht, denen nur etwa ein Siebentel des ganzen Staatsgebietes zur Verfügung gestellt werden soll. Es versteht sich von selbst, daß die fruchtbaren Gebiete, die Bergwerke und Industriezentren restlos zur "weißen Zone" gehören. Aber schon jetzt erweisen sich die schwarzen Reservate als zu klein, um ihre Bewohner ernähren zu können. Und all das im Namen der abendländischen Kultur und des Christentums. In unserem Namen!

+ + +

"Pakistan wird sich nicht zwischen zwei Stühle setzen!"

General Taylors schwierige Mission

Von unserem Korrespondenten Erwin Erasmus Koch

Unser Berichterstatter sprach auf einem Treffen der Militär-Attachés der NATO und SEATO-Mächte in Bonn, mit dem Vertreter Pakistans, Colonel Hyder. Die Unterredung galt den Differenzen, die zwischen dem Präsidenten Ayub Khan und den beiden angelsächsischen Mächten wegen ihrer Haltung im Kashmir-Streit und der fortdauernden Waffenlieferungen an Indien entstanden sind. Wird Pakistan äußerstenfalls ein militärisches Bündnis mit Rotchina - aus Furcht vor einer indischen Aggression - abschliessen? - Die Redaktion

Sollte man, fragte ich meine Gesprächspartner im Kreis hoher Offiziere der pakistanischen Streitmacht, die bisher rätselhafte Aggression rotchinesischer Divisionen zu Beginn des vergangenen Winters in Himalaya, den Angriff auf Indien, also nicht so deuten, daß Mac Tse-tung damit nach einer logischen Entwicklung die USA und Großbritannien zu militärischen Unterstützungen der indischen Union veranlassen und damit Pakistan auf seine Seite ziehen wollte? Darauf die Antwort: "Wenn die Regierung der Volksrepublik China diese Absicht hatte, kann sie zumindest den Erfolg für sich buchen, daß Pakistans Treue, seine erwiesene Treue zum Bündnis mit dem Westen, auf eine sehr harte Bewährungsprobe gestellt wurde. Wir bewahrten unsere kühle Überlegung, weil wir durchaus die Gefahr der Ausbreitung des Kommunismus in Asien kennen." Dann fiel das Stichwort: "Kashmir!" Ob der Westen seine eigenen demokratischen Grundsätze mit der bisher geübten Behandlung dieses Problems verraten wolle? Den Amerikanern und Briten wurden keine Schmeicheleien zugebracht. "Die Kennedy-Administration handelt naiv, sie erkennt die Realität auf dem Subkontinent Asiens einfach nicht." Wenn es zu einem großen Krieg in Asien komme, habe diese Haltung der USA daran zum ausschlaggebenden Teil schuld.

Unterdessen hat Kennedy nach allen erfolglosen Vermittlungen wegen der Kashmir-Frage General Maxwell D. Taylor mit Erkundungsgesprächen in Rawalpindi, dem provisorischen Sitz der Regierung von Pakistan, beauftragt. Taylor soll nach seinem Treffen der SEATO-Mächte in Ankara Anfang November "die militärische Haltung" Ayub Khans erkunden. Mit anderen Worten: ob Pakistan weiterhin zum SEATO-Bündnis stehe oder die militärische Allianz mit Rotchina in Erwägung ziehe? Das politische Problem, Kashmir,

könnte dabei lediglich am Rande erwähnt und nicht länger diskutiert werden.

Der rotchinesische Schachzug

Da nun Jawaharlal Nehru gegenwärtig die Einschmelzung der Staaten Jammu und Kashmir in die indische Union auch verwaltungsmäßig betreibt, erscheint die Haltung der Kennedy-Administration tatsächlich nicht mit der Verfechtung demokratischer Prinzipien vereinbar. Pakistan, es ist zum Überdruß genannt worden, besteht lediglich auf der Durchführung des von Nehru selbst vor vierzehn Jahren angeregten Verfahrens einer Volksabstimmung in Kashmir. Weil dann Pakistan später der SEATO beitrat, zog der indische Premier seinen Vorschlag endgültig zurück, "auf Grund der geänderten Situation". Der rotchinesische Schachzug war zweifellos wohl durchdacht, als die sinnlose Aggression in den Himalayas Ende 1962 die westliche Militärhilfe an Indien ins Rollen brachte. Pakistan beendete die im Übrigen bereits seit Jahren unterhandelte Grenzregelung des unter seinem Schutze stehenden Azad Kashmir mit Rotchina, wie es ausdrücklich hieß, "in einem vorläufigen Abkommen", es schloß mit der Regierung in Peking auch einen Handelsvertrag und ein Luftfahrtsabkommen. Pakistans Außenminister, Zulfikar Ali Bhutto, so verlautete - allerdings nicht in offiziellen Stellungnahmen - habe erklärt, daß sein Land auch ein Militärbündnis mit der Volkerepublik China suche. Bhutto selbst drückte es neuerdings anders aus: Da die USA entschlossen seien, die Militärhilfe an Indien, den erklärten Todfeind Pakistans, fortzusetzen, werde er (Bhutto) "die Normalisierung der Beziehungen zu China" weiter führen.

Taylor soll nunmehr die Pakistani vor den Gefahren des chinesischen Kommunismus eindringlich warnen. In Rawalpindi aber wird er die Forderung Pakistans hören, daß der Westen seinem SEATO-Partner Schritt um Schritt die gleichen Waffen wie Indien liefern müsse. Der erwähnte Militär-Attaché versicherte mir zum Schluß: "Pakistan wird sich nicht zwischen zwei Stühle setzen!"

+ + +

BULLETIN nicht einmalig

sp-Zu der im SPD-Pressedienst vom 16. Oktober 1963 veröffentlichten Glosse "BULLETIN einmalig ..." teilt uns die Redaktion dieses von Presse- und Informationsamt der Bundesregierung herausgegebenen Organs mit, das BULLETIN habe schon mehrfach Bilder veröffentlicht. Zum ersten Mal anlässlich des Todes des früheren Bundestagspräsidenten Dr. Ehlers und anlässlich des zehnjährigen Regierungsjubiläums von Dr. Konrad Adenauer. Bei anderen Anlässen habe das BULLETIN Bildbeilagen enthalten.

+ + +